

Die Waffen nieder!

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September 2022 fordert die Linke: Schluss mit Krieg, die Waffen nieder! Sie ruft zur Beteiligung an den vielen Aktionen an diesem Tag auf, denn es ist dringender denn je. Zu Recht weist der DGB darauf hin, dass „mit dem verbrecherischen Überfall der russischen Armee auf die Ukraine der Krieg zurück ist in Europa. Im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und anderswo wüten weiterhin, teilweise seit Jahrzehnten, Kriege und Bürgerkriege. Tod, Zerstörung und Flucht – so lautet ihre fürchterliche Bilanz. Die Waffen müssen endlich schweigen – überall auf der Welt!“

Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen. Der Krieg tobt jetzt schon seit fünf Monaten, ohne das man einen ernsthaften Versuch Frieden zu schaffen. Hinzu kommt, dass jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle zu fehlen droht. Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf nicht auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen und die soziale Ungleichheit in unserem Lande verschärfen.

Die Angst vieler Menschen um die Eigene Existenz und der ihrer Familien wird immer größer. Wie finanziere ich mein Leben und meine Energiekosten. Damit muss endlich Schluss sein.“

Gerd Siepmann, Direktkandidat der LINKEN in Hameln zur Landtagswahl betont daher: „Wir müssen der Logik der Aufrüstungsspirale andere Konzepte entgegenstellen. Statt nur über immer mehr Waffen zu reden, brauchen wir endlich eine Diskussion, wie man zum Frieden kommt.“

Deshalb will der DGB ein Zeichen setzen „für eine europäische und internationale Friedensordnung, die auf den Menschenrechten und den Prinzipien der Freiheit, der Selbstbestimmung und der sozialen Gerechtigkeit beruht.“

Nach Auffassung von Lorena Vath, die für die LINKE zur Landtagswahl in Bad Pyrmont kandidiert, ist hier die Verantwortung der UNO gefragt. „Es geht jetzt nicht darum, ob dieser Krieg zu gewinnen ist, sondern wie man über Verhandlungen zum Frieden kommt.“

Das heißt für die LINKE, dass wir eine kooperativ ausgerichtete Sicherheitspolitik brauchen, die weit über militärische Friedenssicherung hinausgeht und das der weltweite Rüstungswettlauf beendet werden muss. Und wir müssen zu einer weltweiten Ächtung von Atomwaffen kommen. Dazu gehört, dass Deutschland dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten muss